

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/178

17. September 1973

Die Pflicht, in der die Sozialdemokraten leben

Anmerkungen zu Willy Brandts politischem
Grundsatz-Appell

Seite 1 / 41 Zeilen

Voraussetzungen für die Entspannungspolitik

Klarstellungen zum Thema militärische
Sperranlagen

Von Hermann Schmidt-Würgendorf MdB
Vorsitzender des Verteidigungsausschusses
des Bundestages

Seite 2 und 3 / 59 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Alle Sozialdemokraten tragen gleiche Verant-
wortung

Seite 4 und 5 / 61 Zeilen

Die Pflicht, in der die Sozialdemokraten leben

Anmerkungen zu Willy Brandts politischem Grundsatz-Appell

Der gequälte Versuch der Opposition, die SPD weiterhin mit einem selbstgebastelten "Feindbild" in die links-außen-Ecke zu drängen, ändert nichts mehr an dem Tatbestand, daß die Otto Wels-Rede des SPD-Vorsitzenden für jedermann in der Bundesrepublik und außerhalb ihrer Grenzen, der sich ein nüchtern-sachliches Urteil erhalten hat, in aller Deutlichkeit eine Selbstverständlichkeit in den Mittelpunkt gerückt hat, die, mit Ausnahme von CDU- und CSU-Politikern und den von ihnen fehlinformierten Kreisen, sowieso niemandem unklar gewesen war. Willy Brandt hat die alten Grenzen noch einmal in die allgemeine Erinnerung zurückgerufen: Die Grenzen, die die SPD schon immer zwischen sich und den Flügelparteien auf der linken und auch auf der rechten Seite gezogen hat.

Die Mitte-Links-Partei SPD hat durch ihren Vorsitzenden, der sich auf unmißverständliche und einzuhaltende Parteitage-Beschlüsse stützen kann, ihre Position verbindlich konkretisiert und festgelegt. Brandts Verdeutlichung läßt aber nicht nur nach außen, also jenseits des Parteiramens, keinen Zweifel mehr zu, sondern beansprucht dieselbe Geltung auch nach innen, in die Partei hinein. Der Parteivorsitzende hat dort, wo es notwendig geworden ist, unüberhörbar klargestellt, daß die SPD in ihrem Anspruch, die führende Regierungsmacht der Bundesrepublik zu sein und zu bleiben, nicht gekränkt werden darf. Ungeachtet der gerade für die SPD so unumschränkt geltenden Maxime, daß diese Partei die innere Diskussion so braucht "wie die Luft zum Atmen" (Brandt) und daß daher auch kein Parteimitglied in diesem Freiheitsrecht beengt wird, so muß aber auch jedes Parteimitglied andererseits, und das ist die zweite Seite derselben Medaille, wissen, wo diese Freiheit der Diskussion und der Meinungsäußerung in Schaden für die Partei, für ihre Aufgabe, für ihre Ziele und für ihre Machtposition unzuschlagen droht.

Willy Brandt hat in seiner Otto Wels-Rede einen in diesem Zusammenhang überaus gewichtigen Satz gesagt: "Der demokratische Sozialismus bleibt nach dem Wortlaut des Godesberger Programms 'eine dauernde Aufgabe', Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren." Dieser Appell ist die ständige und unausweichbare Verpflichtung für alle und jeden, die ihre politische Heimat in der SPD gesucht und gefunden haben. (ee/17.9.1973/bgy/ee)

+ + -

Voraussetzungen für die Entspannungspolitik

Klarstellungen zum Thema militärische Sperranlagen

Von Hermann Schmidt-Würgendorf MdB

Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Viele Ereignisse der letzten Monate, bzw. nicht nur in der BRD, sondern auch in anderen europäischen Ländern, deuten darauf hin, daß sich manche Gruppen in der Bevölkerung bei Aktionen zunehmend mehr von emotionellen Gefühlen als von kritischem Sachverstand leiten lassen. Es verwundert daher nicht, wenn gerade militärische und sicherheitspolitische Maßnahmen besonders gern ins Blickfeld der Öffentlichkeit gezogen werden und dort ohne viel Federlesen zu "Skandalen" hochstilisiert werden. Ursache all dieser manchmal hysterisch anmutenden Proteste dürfte zum Großteil die fehlende oder falsche Information der breiten Öffentlichkeit sein.

Dieser Beitrag soll daher einmal einige Aspekte aufzeigen, die im Zuge der Vornahme von Sperrmaßnahmen an Straßen und Brücken weitgehend unbekannt sein dürften, zumindest aber bewußt oder unbewußt in den Hintergrund gedrängt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Partner eines der größten und wirkungsvollsten Verteidigungsbündnisses im Frieden, das die Geschichte kennt. Seit mehr als einem viertel Jahrhundert hat dieses Bündnis, die Atlantische Allianz (NATO), Europa und damit auch unserem Land trotz vieler ernsthafter Krisen den Frieden bewahren können. Dies konnte die NATO nur dadurch erreichen, daß die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen ihrer Mitgliedsstaaten militärische Aggressionen abschreckten und politischen Pressionen widerstanden. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wie auch der unserer Nachbarstaaten hängt vom Gleichgewicht der militärischen Kräfte ab, zu dem die BRD durch die Bundeswehr ihren Anteil leistet. Damit sichert die Bundeswehr unserem Staat auch seine politische Handlungsfreiheit.

Verteidigungsvorbereitungen der NATO müssen glaubhaft abschrecken, um ihr Ziel zu erreichen, einen bewaffneten Konflikt

zu verhindern. Maßnahmen wie die hier in Frage stehenden Sperrrichtungen sind Teil solcher glaubhaften Vorbereitungen. Im Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zum NATO-Truppenstatut vom 19. Juni 1951 hat sich die BRD verpflichtet, die NATO im Rahmen ihrer Verteidigungsplanung mit der Vorbereitung von Sperrern auf dem Territorium der BRD zu unterstützen und die Kosten hierfür zu übernehmen. Der Einbau z.B. von vier Straßenschächten im Zuge der Landesstraße 3053 zwischen Blasbach und Hohensolms sowie der Einbau von weiteren Sprenglöchern in Straßen des Dillkreises beruhen auf einer militärischen Infrastrukturforderung aus dem Jahre 1972 und stellen nur eine übliche Vorbereitung von Sperrmaßnahmen dar, zu der die BRD, wie erwähnt, verpflichtet ist.

Obwohl die begründete Hoffnung besteht, daß es zu einem Ernstfall nie kommen wird, muß gerade zu dessen Verhinderung eine sorgfältige Vorbereitung getroffen werden. Durch Sperrern an Straßen und Brücken wird die Bevölkerung im Ernstfall vor unnötigem Schaden bewahrt und damit ihre Lebensgrundlage erhalten. Würden solche und andere Maßnahmen in Friedenszeiten nicht sorgfältig geplant und ausgeführt, wären die Streitkräfte im Ernstfall möglicherweise gezwungen, im Rahmen von dann notwendig werdenden Abwehraktionen Versäumtes mit unzulänglichen und unangemessenen Mitteln nachzuholen. Daß solche Aktionen im Ernstfall für die Bevölkerung verheerende Folgen haben könnten, dürfte einleuchtend sein. Das bekannte Mittel der Verteidigung, die "verbrannte Erde", dürfte durch solche mit verhältnismäßig geringen Mitteln getroffenen Maßnahmen auf dem Territorium der Bundesrepublik ausgeschlossen werden. Sperrmaßnahmen dieser Art sind auch nicht mit Zerstörungen gleichzusetzen, denn auch im Ernstfall werden sie nicht automatisch angewendet, sondern nur im äußersten Notfall, wenn andere Mittel die Abwehr ausschließen.

Militärische Sperrplanungen werden mit den für die Zivilverteidigung zuständigen Behörden der Länder, Kreise und Gemeinden abgestimmt und in ihren Grundsätzen vom Bundessicherheitsrat unter Vorsitz des Bundeskanzlers und den für Sicherheitsfragen zuständigen Bundesministern gebilligt.

Damit stehen diese Verteidigungsvorbereitungen nicht im Gegensatz zur Friedenspolitik der Bundesregierung. Vielmehr sind sie eine wesentliche Voraussetzung für die Entspannungspolitik, weil eine ausreichende Verteidigungsvorbereitung und glaubhafte Verteidigungsbereitschaft unsere Sicherheit garantiert. Sicherheit ist aber nur möglich durch Verteidigungsbereitschaft auf der einen und Entspannungsbereitschaft auf der anderen Seite.

(-/17.9.1973/ks/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Alle Sozialdemokraten tragen gleiche Verantwortung

(In einer Klausurtagung befaßte sich der Vorstand des SPD-Bezirks Franken am 15. September in Würzburg unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Bruno Friedrich, Mitglied des Bundespartei Vorstandes, mit der Arbeit der Partei bis zum Parteitag 1975. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen der Theorie- und Programmdiskussion, der innerparteilichen Entwicklung und die Vorbereitung der bayerischen Landtagswahlen 1974.)

Die SPD in Franken wird noch in diesem Herbst mit einer auf allen Ebenen geführten Theoriediskussion, ausgehend von den Beschlüssen des Parteitages von Hannover, beginnen. Ergänzend dazu wird der Bezirk auch die Frage einer umfassenden Organisationsreform der SPD diskutieren. Dazu faßte der Vorstand mit allen gegen drei Stimmen ohne Enthaltung folgenden Beschluß:

Diese Diskussion muß die SPD nach den Prinzipien der innerparteilichen Solidarität und der gegenseitigen Toleranz führen. In diesem Zusammenhang will der Bezirksvorstand auch die Doppelstrategie der Jungsozialisten als theorie- und praxisbezogenes Problem in allen Gliederungen zur Diskussion stellen. Ziel muß es sein, Kriterien der innerparteilichen Auseinandersetzung zu entwickeln, die nicht im Widerspruch zur gebotenen Solidarität stehen. Die Unterscheidung von Sozialdemokraten in Mitglieder, die innerparteiliche Konflikte und öffentlichen Druck gegen die eigene Partei organisieren, und in andere Mitglieder, die für die programmatische Glaubwürdigkeit, für die Bündnis- und Regierungsfähigkeit verantwortlich sind, muß zu einer schweren Belastung der innerparteilichen Solidarität, aber auch zur Beeinträchtigung der Wahl-

chancen der SPD in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner führen.

Der Bezirksvorstand Franken geht davon aus, daß es in der Parteiarbeit für jedes Mitglied unverzichtbare Grundsätze gibt. Dazu gehören:

1/ Ziel sozialdemokratischer Politik bleibt der konsequente Ausbau des demokratisch-sozialen Rechtsstaates auf der Grundlage des Grundgesetzes, des Godesberger Programms und der Beschlüsse der Parteitage. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit, unabhängige Gewerkschaften mit wachsender Verantwortung in der demokratischen Kontrolle der Wirtschaft und der Verzicht auf einen weltanschaulichen Monopolanspruch sind wichtiger Bestandteil dieser Grundsätze.

2/ Glaubwürdigkeit in der Programmatik, Handlungsfähigkeit der Partei durch die gebotene innerparteiliche Solidarität, Bündnis- und Regierungsfähigkeit haben in allen Fragen der Strategie und Taktik absoluten Vorrang vor ideologischen internationalen Bündnisstrategien. Die Beschlüsse zur Abgrenzung zum Kommunismus und zur Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien im nationalen und im internationalen Bereich müssen von allen Mitgliedern, selbstverständlich auch von der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, beachtet und eingehalten werden.

3/ Die durch Mitgliedschaft im westlichen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft ausgewiesene Bündnisfähigkeit sind Voraussetzung sozialdemokratischer Regierungsfähigkeit. Das gleiche Prinzip gilt innenpolitisch für die Koalition mit der FDP.

4/ Alle Mitglieder der SPD in den Gliederungen und in den Arbeitsgemeinschaften tragen unteilbare Verantwortung für die Glaubwürdigkeit, Regierungs- und Bündnisfähigkeit ihrer Partei. Notwendig offene Willensbildung, Theoriediskussion, Fortentwicklung in der Programmatik dürfen die Klarheit in den Positionen der Partei nicht ausschließen. (-/17.9.1973/bcy/ee)